

Griechenland

Peter A. Zervakis

Nach dem Sieg von Kóstas Karamanlís und seiner Mehrheitspartei ND über die seit 1993 (und vorher von 1981-1989) ohne Unterbrechung regierende PASOK unter Giórgos Papan-dreou in den Wahlen zum griechischen Parlament (Voulí) und zum Europäischen Parlament (EP) (siehe Tabelle 1 und 2) bestand die neue Regierung im Berichtzeitraum auch ihre ersten „postolympischen“ Herausforderungen: die Wahl des neuen Staatspräsi-denten, die Fortsetzung des Wachstumskurses der griechischen Wirtschaft im Euro-Raum und die parlamentarische Ratifikation des Vertrags über eine Europäische Verfassung.

Mit einem Überraschungscoup nahm Premier Karamanlís der stärksten Oppositions-partei den Wind aus den Segeln, als er Mitte Dezember 2004 ausgerechnet Karólos Papoúlias, früherer Außenminister und Gründungsmitglied der PASOK sowie enger Vertrauter des verstorbenen Parteipatriarchen Andréas Papandréou, zum Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten vorschlug. Der 76-jährige, in Köln promovierte Papoúlias habe, so der Premier, als Vorsitzender des außenpolitischen Parlamentsausschusses „aus-gezeichnet mit Vertretern aller Parteien zusammengearbeitet“.¹ Da die zweite Amtszeit von Konstantínos Stefanópoulos im Februar 2005 auslief und sich monatelang Gerüchte über etwaige Präsidentschaftskandidaten in den Medien hielten, kam es zu öffentlichen Spekulationen um erneute Parlamentswahlen im Frühjahr diesen Jahres. Denn der ND-Regierung fehlten für einen Kandidaten aus den eigenen Reihen 15 Stimmen für die ver-fassungsrechtlich erforderliche Drei-Fünftel-Mehrheit in der Voulí.² Mit 279 Stimmen der Abgeordneten aus beiden Großparteien wurde der ehemalige Widerstandskämpfer Papoúlias am 8. Februar zum sechsten Staatsoberhaupt seit der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland im Sommer 1974 gewählt. Lediglich die Kommunisten und die Linksallianz stimmten mit „anwesend“; vier der insgesamt 300 Abgeordneten waren nicht erschienen. Karamanlís forderte mit Blick auf Amtsübernahme am 12. März, dass „die nationale Eintracht der Griechen politische Reife, Mäßigung und Sensibilität für das öffentliche Leben erwarte“.³

In seinem ersten Regierungsjahr legte Karamanlís erwartungsgemäß den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Wirtschaftspolitik. Nach einer öffentlichkeitswirksamen „Auf-deckung“ von Unregelmäßigkeiten der sozialistischen Vorgängerregierung („Kátharsi“), die jahrelang viel zu niedrige Defizitzahlen an Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, gemeldet hatte, um unter die Drei-Prozent-Grenze des rigiden europäischen Stabilitäts-paktes zu kommen,⁴ kündigte er wie seinerzeit auch Simítis die Fortsetzung einer konse-quenten Reformpolitik an.

1 Athener Zeitung (AZ) vom 17.12.2004, S. 1. Lediglich der neue Parteipräsident der Linksallianz SYN, Alékos Alavanós, kritisierte den Vorschlag, weil er nur dem politischen Opportunismus des Zweiparteiensystems folge.

2 Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäi-schen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 341-344, bes. 344.

3 AZ vom 11.02.2005, S. 1. Vgl. dort auch das politische Porträt des neuen Präsidenten der Republik Griechenland von Dimitrios Dimoulas, S. 5.

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 08.10.2004, S. 12.

Mit Gesetzesinitiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ehemaligen staatlichen Aktienunternehmen (DEKO), des Strommonopolisten (DEH), des Sportwettveranstalters (OPAP) oder des fünfgrößten Kreditinstituts (Emporikí), zur Liberalisierung der geltenden Ladenschlusszeiten und zur privaten Investitionsförderung durch Senkung der Unternehmenssteuersätze und Mitfinanzierung von Unternehmensentwicklungen besonders auf dem strukturschwachen Land (bis zu 55 %) sowie zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen durch verstärkte Nutzung von „Public Private Partnerships“ (PPP) soll ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und die Attraktivität Griechenlands als Wirtschaftsstandort in Südosteuropa für mehr Inlandsinvestitionen des Auslands besser genutzt werden.⁵

Mit dem überragenden Erfolg der Olympischen Spiele setzte tatsächlich eine wirtschaftliche Trendwende ein: Nach dem infrastrukturellen Bauboom auch mit Hilfe der Struktur- und Regionalbeihilfen der Europäischen Union (EU) zählt Griechenland heute mit Zuwachsraten von über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit 2001 zu den vier Staaten des Euro-Raums, die am schnellsten wachsen.⁶ Dabei gelang es der griechischen Wirtschaft (vor allem im Tourismus, in der Schifffahrt und im privaten Konsum), ihre Wachstumsdynamik auch nach dem künstlich induzierten Olympiaboom zu erhalten (nach Schätzungen für 2004: 4 % und für 2005: 3 %) und weiter den Abstand zu den relativ reicheren EU-Partnerstaaten in Westeuropa zu verkleinern.

Allerdings kühlt die Konjunktur mittlerweile spürbar ab, nachdem der Staat wie in jedem Wahljahr so auch 2004 höhere Ausgaben als sonst hatte.⁷ Vor allem bei den Investitionen muss die Regierung den überhitzten staatlichen Ausgabenanstieg bremsen, um das chronische Haushaltsdefizit von 6,1 auf 3,5 Prozent des BIP in diesem Jahr zu senken und bis Ende 2006 sogar unter die Drei-Prozent-Marke zu bringen. Dies hat Athen nach dem Skandal um die geschönten Haushaltszahlen der EU fest zugesagt, damit wenigstens die Minimalvorgaben aus dem reformierten europäischen Stabilitätspakt endlich erfüllt werden können.⁸ Zudem steht Wirtschafts- und Finanzminister Geórgios Alogoskoufis unter erhöhtem öffentlichem Sparzwang als Folge der niedrigen Einnahmen, die bisher weit unter den eigenen Budgetansätzen bleiben. Als erste Erfolge verwies die Regierung daher auf drastische Haushaltseinsparungen im öffentlichen Sektor, die nach „konservativsten Schätzungen“ der EU in Höhe von drei Milliarden Euro liegen soll. Darüber hinaus erwartete sie einen weiteren Wachstumsschub durch eine wesentliche Vereinfachung der überbordenden Staatsbürokratie bei Unternehmensneugründungen. Karamanlis zeigte sich zudem stolz darauf, das Absorptionstempo für die Fonds aus dem Dritten Gemeinschaftlichen Förderkonzept im Vergleich zum letzten Regierungsjahr der abgewählten Sozialisten verdoppelt zu haben und kündigte die Fortsetzung der Liberalisierungsmaßnahmen für die Energie-, Strom- und Erdgasmärkte sowie die Ausarbeitung neuer Landnutzungspläne an.⁹

5 AZ vom 11.03.2005, S. 12. Vgl. ausführlich Robert von Heusinger und Petra Pinzler: Das griechische Modell, in: Die Zeit vom 21.10.2004, S. 34.

6 Rainer Herrmann: Weiche Landung nach den Olympischen Spielen, in FAZ vom 18. Juli 2005, S. 14.

7 Vgl. Oscar-Heinrich Kuntze: Griechenland: deutliche Konjunkturabschwächung nach Olympiaboom, in: Ifo-Schnelldienst, 57 (2004) 9, S. 23-31.

8 Nach der jüngsten kritischen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht hervor, dass vor allem Griechenland neben Portugal, Italien und Belgien von 1993 bis 2003 regelmäßig mit „kreativer Buchführung“ (wie z. B. Buchungstricks) oder Einzelmaßnahmen (wie z.B. Vorabverkäufe künftiger Staatseinnahmen) sein chronisches Haushaltsdefizit als Folge der schlechten Wirtschaftslage um bis zu 2,4 Prozent seines BIP unter den tatsächlichen Wert korrigierte und sich erst auf diese Weise für die Euro-Mitgliedschaft qualifizierte. FAZ vom 16.07.2005.

9 AZ vom 11.03.2005, S. 12.

Wenn die Athener Ministerialbürokratie die Strukturbeihilfen der EU wirklich voll ausschöpfen will, dann muss sie erst die Zahl der eingereichten Projekte erhöhen, um mehr Fördergelder als bisher auch abrufen zu können. Vom EU-Rahmenstützungsprogramm III (2000-2006), dessen Mittel noch bis 2008 zur Verfügung stehen, hat Griechenland erst etwa 32 Prozent abgerufen. Im gegenwärtigen Programm für von der Staatskasse mitfinanzierte Projekte stellt die EU insgesamt 27 Milliarden Euro zur Verfügung, die allerdings als Folge der angespannten griechischen Haushaltslage nur schwerlich restlos ausgeschöpft werden können. Zudem herrscht Planungsunsicherheit in der Frage, wie viel Mittel Athen aus der nächsten mittelfristigen Finanzplanung für 2007-2012 zugewiesen bekommt. Da vor allem die Region Attika, wo 40 Prozent der Gesamtbevölkerung leben, die 75 Prozentmarke des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Einkommens übersprungen hat als Folge des anhaltenden Wirtschaftswachstums und des durch die Osterweiterung gesunkenen statistischen Pro-Kopf-Einkommens in der erweiterten EU, wird der Großraum Athen schrittweise gänzlich aus der vollen Strukturförderung fallen. Griechenland wird dann auch weiterhin Nettoempfänger bleiben und finanzielle Ansprüche von bis zu 20 Milliarden Euro aus dem Vierten Rahmenprogramm geltend machen können. Dennoch muss der Mitteleinsatz zukünftig effizienter erfolgen: weniger als bisher in der breiten Streuung von teureren Infrastrukturprojekten und dafür zielgerichteter in die strukturschwachen Provinzen und in Investitionen zum Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft. Die neue Regierung kann sich auch weiterhin der breiten Zustimmung aus der Wahlbevölkerung, der Wirtschaft und den Medien sicher sein, die ihre bisherige Arbeit mit den Adjektiven „ernsthaft, sachlich und ergebnisorientiert“ loben.¹⁰

Schließlich gelang es Premier Karamanlís, ein zweites Mal eine informelle Große Koalition aus regierender ND und oppositioneller PASOK in der Voulí zu schmieden. Am 19. April des Jahres wurde Griechenland zum sechsten EU-Mitgliedstaat, der den nicht mehr unumstrittenen europäischen Verfassungsvertrag in offener Abstimmung erwartungsgemäß mit 268 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen ratifizierte. Damit wurde die nach Artikel 28 der griechischen Verfassung für die Ratifikation von internationalen Verträgen erforderliche Mehrheit von 151 Abgeordnetenstimmen deutlich übertroffen. Bei der anschließenden Ratifizierungszeremonie, die genau ein halbes Jahr nach der Unterschrift durch Karamanlís in Rom erfolgte, erhoben sich die Abgeordneten aus beiden Großparteien und applaudierten demonstrativ.¹¹

Die Positionen der griechischen Parlamentsparteien zur Europäischen Verfassung teilten sich in zwei Lager auf. Untypischerweise verliefen die Trennlinien diesmal nicht nach dem traditionellen Links-rechts-Schema, sondern waren von der grundsätzlichen Haltung der Parteien zur europäischen Integration bestimmt. Während die beiden heute pro-europäischen Großparteien die Verfassung vorbehaltlos unterstützten, verweigerten sich ihr die Kleinstparteien am linken politischen Rand aus recht unterschiedlichen Gründen.

Die ND warb für den Verfassungsvertrag, weil er eine demokratischere EU in Aussicht stellte und die griechischen Interessen durch die „gegenseitige Beistandsklausel“ und die Einführung des Tourismus als neues EU-Politikfeld sicherte. Die griechischen Sozialisten hoben die Bedeutung der Schaffung eines EU-Außenministers hervor und vermittelten das

¹⁰ Herrmann, a.a.O., S. 14.

¹¹ Peter Zervakis, Griechenland, in: CAP-Ratifikationsmonitor, <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/griechenland.php> (letzter Zugriff: 29.07.2005).

Bild von der Verfassung als eines nützlichen Instruments zur Erweiterung der multikulturellen und sozialen Dimensionen Europas.

Obwohl die SYN-Nachfolgekoalition der radikalen Linken deklamatorisch die europäische Integration und deren Konstitutionalisierung unterstützen, halten sie die EU für ebenso „neoliberal“ wie für zu „protektionistisch gegenüber Asylsuchenden und Immigranten“. Zudem beklagen die ehemaligen „Euro-Kommunisten“ die zu große Bereitschaft der Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zur Anpassung an die USA und die NATO. Die EU-Verfassung wird von ihnen als Institutionalisierung dieser fehlgeleiteten Prinzipien wahrgenommen. Die KKE lehnt dagegen die EU ebenso wie das Verfassungsprojekt gänzlich ab, weil sie nach ihrer Sicht den Willen der „rechten EU-Mitgliederregierungen“ repräsentieren, wie er im Verfassungskonvent und auf der anschließenden Regierungskonferenz am klarsten zum Ausdruck gekommen sei. Sie kritisieren auch, dass die Verfassung den „Wirtschaftsliberalismus“ fördere, kapitalistische Interessen verfolge und auf die sozialen Bedürfnisse der Völker nicht eingehe.¹²

Nach der griechischen Verfassung wäre auch ein Referendum über die Europäische Verfassung möglich gewesen, wenn entweder die Regierung aufgrund vitaler nationaler Interessen es vorgeschlagen hätte (Art. 44) oder das Parlament bei Vorliegen bedeutender sozialer Probleme es auf eigene Initiative in die Wege geleitet hätte. Hierzu bedarf es allerdings eines Gesetzesentwurfs, der von mindestens 120 Abgeordneten vorgeschlagen werden muss. Tatsächlich unterstützten 133 Parlamentarier aus allen drei Oppositionsparteien (einschließlich der PASOK) eine solche Initiative zu einem Referendum vor der parlamentarischen Abstimmung. Denn auf diese Weise sollten, so argumentierten die Befürworter, die griechischen Bürger über die EU besser informiert und die öffentliche Debatte stimuliert werden. Umfragen zufolge fühlten sich fast 90 Prozent der Griechen über den Inhalt des Vertrages „nicht ausreichend informiert“. Allerdings hätte dieser Vorschlag aus den Reihen des Parlaments zunächst von einer 3/5-Mehrheit (180 Stimmen) angenommen werden müssen, die aber nicht zu erhalten war, weil die ND bereits über 165 Sitze verfügt.

Die Regierung weigerte sich aber bereits in Rom beharrlich gegen die Abhaltung eines Referendums, weil sie die parlamentarische Ratifikation für ebenso bindend wie demokratisch legitim hielt wie ein Sachreferendum. Zudem zweifelte Karamanlīs an der Eignung des viel zu komplexen Verfassungstexts für die polarisierende Reduktion auf ein einfaches „Ja“ oder „Nein“. Denn der Bürger hätte die Verfassung leicht missverstehen können. Darüber hinaus bringt die Verfassung im Vergleich zu den existierenden EU-Verträgen keine so großen Änderungen, dass sich der Aufwand eines Referendums, das bisher nur ein einziges Mal 1974 über die Abschaffung der Monarchie als Staatsform organisiert wurde, lohnen würde.

Die tatsächliche Auseinandersetzung über Europa entzündete sich in den letzten Monaten vor der Abstimmung an einem typisch innergriechischen Problem: die Kompatibilität eines neuen Gesetzesentwurfs der Regierung zum „Hauptaktionär“ mit dem EU-Recht und der griechischen Verfassung stand zur Disposition. Diesem auf eine größere Transparenz in der öffentlichen Auftragsvergabe zielenden Gesetz zufolge, dürfen Aktienbesitzer von Medienunternehmen nicht zugleich auch Aktien solcher Unternehmen besitzen, die sich um Aufträge der öffentlichen Hand bemühen. Allerdings stellte die

12 Vgl. Elli Siapkidou: The European Constitution and its ratification, Ratification Monitor, Country Report: Greece, ELIAMEP Briefing Note, April 2005, in: http://www.unizar.es/euroconstitution/Treaties/Treaty_Const_Rat_greece.htm (letzter Zugriff: 29.07.2005).

Europäische Kommission heraus, dass dieser Gesetzentwurf nicht mit Artikel 24 der Richtlinie 93/37/EWG vereinbar sei, die auf eine Harmonisierung nationaler Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen abzielt. Zwar bemühte sich die griechische Regierung in einem öffentlichen Brief an die Kommission um eine gemeinsame Grundlage. Sie zeigte sich bereit, die strittige Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof weiter zu verweisen. In der Zwischenzeit hatte sich aber eine wütende Diskussion in den Medien über den Vorrang des Europarechts vor nationalem griechischen Recht entzündet und das nach beinahe einem Vierteljahrhundert Mitgliedschaft Griechenlands in der Gemeinschaft. Die Regierung ging allerdings dem Konflikt salomonisch aus dem Weg, indem sie behauptete, dass es sich dabei um zwei getrennte Rechtssysteme handle mit unterschiedlicher Zielsetzung. Und Karamanlís pochte auf die parlamentarische Ratifikation der Europäischen Verfassung, um zu vermeiden, dass die sachlich in keinem Zusammenhang stehende Diskussion um den anstehenden Gesetzentwurf in einem möglichen Referendum vermischt worden wäre.

Die eigentliche Debatte um die Europäische Verfassung verlief dagegen weitgehend ohne Aufsehen als Folge der großen Übereinstimmungen zwischen den Großparteien. Es wurden die typischen Seminare und Konferenzen seitens der üblichen, vom Staat und der EU finanzierten Akteure der griechischen Zivilgesellschaft organisiert. Zudem veranstaltete das Außenministerium im ersten Halbjahr 2005 Diskussionsrunden in griechischen Großstädten zur Verfassung. Schließlich wurde die Verfassung nach nur drei Parlamentssitzungen in einer Woche im Eilverfahren ratifiziert. Ihre Bedeutung wurde aber systematisch von der Regierung und den Medien heruntergespielt. Die in Frankreich sich bereits abzeichnende Ablehnung erhielt mehr Medienresonanz als die griechische Ratifikationsprozedur.

Falls aber ein Referendum abgehalten worden wäre, hätte es zweifelsohne mit einer klaren Zustimmung geendet. Denn die Mehrheit der Griechen ist heute pro-europäisch eingestellt, weil sie ähnlich wie in Spanien Europa mit ihrer erfolgreichen Transition zur Demokratie und mit den hohen Finanztransfers aus den Kohäsionsfonds positiv verbindet.¹³ Allerdings ist der Kenntnisstand der Griechen zur EU immer noch besonders niedrig. 49 Prozent gaben im Eurobarometer (Nr. 214 vom März 2005) an, nichts über die Verfassung zu wissen. Alle früheren EU-Verträge einschließlich des Beitrittsvertrags wurden parlamentarisch ratifiziert und EU-Themen erhalten gewöhnlich wenig mediale Aufmerksamkeit. Griechenland ist eher wie viele Länder Osteuropas zwischen Modernisierern und Traditionalisten gespalten. Das Schisma geht quer durch alle Parteien in Abhängigkeit vom Hellenozentrismus.¹⁴

Weiterführende Literatur

Zervakis, Peter A.: Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union? Zur Bedeutung der politischen Kultur für die verspätete Europäisierung der Institutionen Griechenlands, in: Franz Knipping / Matthias Schönwald (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 405-431.

Zervakis, Peter A.: Die politischen Systeme Zyperns, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 887-942.

¹³ EU-Kommission: Eurobarometer Nr. 62, Dezember 2004.

¹⁴ Peter A. Zervakis: Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union? Zur Bedeutung der politischen Kultur für die verspätete Europäisierung der Institutionen Griechenlands, in: Franz Knipping / Matthias Schönwald (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 405-431.

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der griechischen Parlamentswahlen vom 7. März 2004

	2004		2000	
Wahlberechtigte	9 730 540		9 373 439	
Wahlbeteiligung	76,5 Prozent		74,97 Prozent	
Parteien	in Prozent	Sitze (300)	in Prozent	Sitze (300)
ND	45,36	165	42,73	125
PASOK	40,55	117	43,79	158
KKE	5,90	12	5,53	11
SYN	3,26	6	3,20	6
LAOS**	2,19	-*	-	-
DIKKI**	1,79	-*	-	-
Andere (14 Listen)	0,95	-*	-	-

* Der Gesetzgeber sieht eine 3%-Klausel für den Einzug in das Parlament vor.

** Splittergruppen

ND	=	Néa Dimokratía (Neue Demokratie)
PASOK	=	Pánellinio Sosialistikó Kínima (Panhellenische Sozialistische Bewegung)
KKE	=	Kommounistikó Kómma Elládas (Kommunistische Partei Griechenlands)
SYN	=	Synaspismós tis Aristerás ton Kinimáton kai tis Oikologias (Verband der linken Bewegungen und der Ökologie)
LAOS	=	Laikós Orthódoxos Synargermós (Sammlung der Volksorthodoxie)
DIKKI	=	Dimokratikó Koinonikó Kínima (Demokratisch-soziale Bewegung)

Quelle: Athener Zeitung vom 19.03.2004, S. 3; Peter Zervakis: Griechenland, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, S. 349.

Tabelle 2: Offizielles Endergebnis der griechischen Wahlen zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004

	2004		1999	
Wahlbeteiligung	63,20 (45,7) Prozent		75,3 (49,8) Prozent	
Griechische Abgeordnete	24		25	
Parteien	in Prozent	Sitze (732)	in Prozent	Sitze (626)
ND (EVP-ED)	43,02	11	36,00	9
PASOK (SPE)	34,03	8	32,91	9
KKE (VEL/NGL)	9,48	3	8,67	3
SYN (VEL/NGL)	4,16	1	5,16	2
LAOS (Unabhängige)	4,12	1	-	-
DIKKI	-*	-*	6,84	2
Andere	5,19	-*	-	-

* Der nationale Gesetzgeber sieht eine 3%-Klausel auch für den Einzug in das EP vor.

Quelle: <http://ekloges.ypes.gr/en/index.htm>; <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/de/results1306/countries/el/results>; Athener Zeitung vom 18.06.2004, S. 2